

# Münchner Merkur

23. Okt. 1998

## Europa steht vor der Weggabelung

Sorge um Reform: Entscheidung für mehr Subsidiarität oder Zentralismus

Von Michael G. Möhnle

**München** – Wohin steuert Europa? Die Berliner Republik startet rot-grün, Paris ist rot, in zwölf Hauptstädten regieren Sozialisten oder Sozialdemokraten, oft in Bündnissen mit Grünen oder Kommunisten, und in Rom herrscht zum 50. plus x-ten Mal Regierungskrise. Kann unter diesen Vorgaben die große Reform der Europäischen Union bis Frühjahr 1999 gelingen? – Sorgen sind berechtigt.

Im rot-weiß-roten Pörschach am idyllischen Wörthersee geben die 15 Mächtigen der Europäischen Union zur Zeit eine Sondervorstellung in Sachen Subsidiarität. Genauer: Das Protokoll im Vertrag von Amsterdam, in dem Subsidiarität strikt als Handlungsprinzip für al-

le Politiken und Institutionen ausgewiesen ist, soll in Kärnten zum Leben erweckt werden. Demnach darf die Union keine Aufgaben übernehmen, die genausogut die Mitgliedstaaten oder Regionen erfüllen können.

Es darf gezweifelt werden, ob sich die 15 Regierungschefs im europäischen Verbund an die neue politische Gebrauchsanleitung halten. Jüngstes Beispiel ist das Werbeverbot für Tabakerzeugnisse: Nur weil es in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Regelungen für Werbung und Sponsoring gibt, hat die EU gleich ein generelles Verbot erlassen.

Es sind die vielen großen und kleinen Nadelstiche aus Brüssel, die unsere Bürger, Unternehmer, Kommunen und Regierungen in Sachen

Europäischer Union zur Verzweiflung treiben.

Wenn die Mächtigen Europas in Pörschach Besserung geloben, warum fangen sie dann nicht zuerst bei sich zu Hause damit an? Die groß für das Jahr 2000 angekündigten Steuerreformen in Paris, Rom, Wien, Den Haag und Bonn, die den Staatsanspruch zurückschrauben, die Bürger von Abgaben entlasten sollten, haben alle ihr Ziel verfehlt.

Schweden und Dänemark haben eine Abgabenquote – Anteil der Steuern und Sozialabgaben an der gesamtwirtschaftlichen Leistung – von 54 und 53 Prozent! Die Zahl für die 15er Union liegt immer noch bei satten 42,6 Prozent! Nach Schätzungen der OECD für 1998 liegt die Staatsquote – das Verhältnis

der Staatsausgaben zur Wirtschaftsleistung – in sieben von 15 EU-Staaten zwischen knapp 50 und über 60 Prozent in Schweden. Die Briten haben 40, die USA nur 32 Prozent.

Richtig verstandene Subsidiarität läßt dem einzelnen, der Familie, den kleinen Einheiten möglichst großen Freiraum, leistet Hilfe zur Selbsthilfe, fördert Eigenleistung und Eigenverantwortung. Staatliche Gerechtigkeit durch Umverteilung dagegen ist ein Irrglaube. Verteilungsgerechtigkeit hat es nie gegeben und wird es nie geben! In Pörschach gabelt sich der Weg der EU: In Richtung Subsidiarität, Wettbewerb und Bürgernähe, der andere in Richtung Zentralität und Umverteilung.

Quo vadis Europa?